

Volksinitiative «Für den ESM-Austritt»

c/o Ewald Wetekamp, Wassergasse 12, 78333 Stockach

Vertrauensperson der Volksinitiative (und V.i.S.d.P.)

e-Mail: info@volksinitiative-esm-austritt.de – Internet: www.volksinitiative-esm-austritt.de

Januar 2013

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger,

Bürger aus ganz Deutschland haben eine Volksinitiative «Für den ESM-Austritt» ins Leben gerufen. Mit unserer Initiative wollen wir einen wichtigen Schritt hin zu mehr direkter Demokratie in Deutschland tun. Wir wollen erreichen, dass die Entscheidung über den deutschen Beitritt zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) korrigiert wird.

Das Grundgesetz hat festgelegt, dass in Deutschland alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht – und dass es möglich sein muss, dass die Staatsgewalt des Volkes auch direkt durch Abstimmungen ausgeübt wird. Sehr viele Initiativen in unserem Land bemühen sich intensiv darum, die Möglichkeiten direkter Demokratie, also die Möglichkeiten von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden, auf die nationale Ebene zu erweitern. Wir haben uns dafür entschieden, unser Grundgesetz beim Wort zu nehmen und unser Recht praktisch auszuüben.

Die politische Entwicklung der vergangenen Jahre hat unserer Demokratie sehr geschadet. Krasse Beispiele dafür sind die vielen politischen Entscheidungen seit dem Beginn der Weltfinanzkrise im Jahre 2008, die allein schon wegen des Kanzlerin-Begriffes «alternativlos» ein Angriff auf die Demokratie und die freie politische Willensbildung des Volkes sind. Deshalb wollen wir mit der *direkten* Demokratie in Deutschland ernstmachen.

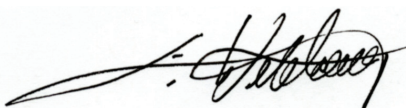
Wir halten den Vertrag über die Einrichtung des ESM, des Europäischen Stabilitätsmechanismus, für eine schwerwiegende Fehlentscheidung. Bundestag und Bundesrat haben den ESM gegen den Willen der Bürger beschlossen. Der ESM hebt die Demokratie in Deutschland aus. Er greift massiv in das wesentliche demokratische Recht der Bürger und deren gewählter Vertreter ein, frei und am Gemeinwohl orientiert darüber zu entscheiden, wie und wofür die Steuergelder der Bürger zu verwenden sind. Deutschland hat im Rahmen des ESM schon jetzt eine Haftungssumme von 190 000 000 000 (190 Milliarden) Euro übernommen – das ist mehr als die Hälfte der heutigen Steuereinnahmen des Bundes. Und das ist nur die Untergrenze einer möglichen Haftung. Das *private* Finanzinstitut in Luxemburg, das die Gelder des ESM verwaltet, kann losgelöst vom Willen der Völker die Haftungssummen erhöhen – muss aber selbst rechtlich für gar nichts haften.

Das Geld, für das wir Bürger haften, ist keine solidarische Hilfe für die Bürger anderer Staaten, sondern allein Geld für die Gläubiger(-Banken). Und die Völker selbst werden gezwungen, Maßnahmen hinzunehmen, die sie daran hindern, ihre Volkswirtschaften neu zu ordnen.

Das Bundesverfassungsgericht, an das sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger gegen den ESM gewendet haben, hat in der Sache nicht wirklich entscheiden wollen. Es betont stattdessen mehrfach, dass die Frage nach dem ESM vor allem eine politische Frage ist, die nicht rechtlich entschieden werden kann – in einer Demokratie also eine Frage des Willens des Volkes.

Wir möchten Sie deshalb bitten, unsere Volksinitiative «Für den ESM-Austritt» mit Ihrer Unterschrift und mit dem Sammeln weiterer Unterschriften zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Ewald Wetekamp, Vertrauensperson der Volksinitiative